

Ergebnisse Workshop 4 „Zukunft öffentlicher Dienst“

Die Teilnehmer des Workshops „Zukunft öffentlicher Dienst“ haben herausgearbeitet:

1. Die Zukunft des öffentlichen Dienstes wird durch die anhaltende und tendenziell zunehmende Finanznot der Kommunen gefährdet. Die Qualität und der Personalbestand des öffentlichen Dienstes muss an der Aufgabenerfüllung gemessen werden. Aufgabenkritik ist dafür die Grundvoraussetzung. Bei Änderungen im Stellenbestand ist auszuweisen, ob und wie die Aufgabe künftig wahrgenommen werden soll.
2. Der öffentliche Dienst und der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor sind zwei völlig unterschiedliche Bereiche und stehen nicht in Konkurrenz zueinander. Die bundespolitischen Rahmenbedingungen zur Realisierung des ÖBS werden sich weiter drastisch verschlechtern. Bundes- und landespolitisch muss DIE LINKE ihren politischen Druck zur Umsteuerung in der Arbeitsmarktpolitik verstärken.
3. Der öffentliche Dienst ist nicht schlechthin Verwaltung. Er muss den EinwohnerInnen nicht nur als Kunde sondern vor allem auch als Mitgestalter begegnen. Stärker hat der öffentliche Dienst vor allem in den Kommunen Netzwerkfunktion in der Zusammenarbeit unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteure. Es müssen stärkere Impulse hinsichtlich konzeptioneller Vorleistungen für kommunale und gesellschaftliche Veränderungen aus dem öffentlichen Dienst kommen.
4. Die Kommune hat ihre Aufgabe als Arbeitgeber zu qualifizieren. DIE LINKE muss darauf dringen, dass ausgehend von dem zu erfüllenden Aufgabenspektrum aktuelle Stellenbeschreibungen vorliegen und Personalentwicklungskonzepte erarbeitet werden, die insbesondere auch die qualitativen Faktoren der Personalentwicklung beinhalten. Dabei sind Fragen der zukünftigen Aus- und Weiterbildung des Personals von besonderer Bedeutung. Zunehmend ist das Augenmerk auch auf die Arbeitsbedingungen zu richten, die entscheidend Arbeitszufriedenheit, Leistungsbereitschaft und Leistungsvermögen beeinflussen. Ein qualifiziertes Gesundheitsmanagement ist einzurichten bzw. zu qualifizieren.
5. DIE LINKE hat auf allen Ebenen aber insbesondere im kommunalen Bereich trotz schwieriger europapolitischer Bedingungen Fragen des Vergaberechtes stärker in den Fokus zu rücken. Die Fragen von möglichen Rekommunalisierungskonzepten unter den Bedingungen der schlechten Finanzausstattung der Kommunen sind verstärkt zu diskutieren.